

Antisemitische Vorfälle im Wahlkampf 2021

Wie auch bei vergangenen Wahlen, kam es im „Superwahljahr“ 2021 zu antisemitischen Vorfällen im Kontext des Wahlkampfes. Die Bundestagswahl am 26. September fiel mit den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern sowie mit der Abgeordnetenhaus- und Kommunalwahl in Berlin zusammen. Des Weiteren fand in Niedersachsen zwei Wochen früher, am 12. September, die Kommunalwahl statt. Überall im öffentlichen Raum war – besonders durch die Wahlplakate – die politische Auseinandersetzung zwischen den Parteien sichtbar. Diese Sichtbarkeit nutzten auch Antisemit_innen für ihre Zwecke.

Der Bundesverband RIAS und die in ihm organisierten Meldestellen dokumentierte durch Meldung, ein eigenes Monitoring und aus der Presseberichterstattung seit Mai bis zum 26. September 2021 deutschlandweit insgesamt 38 Vorfälle mit einem Bezug zum Wahlkampf.

Nach wie vor muss man von einer großen Dunkelziffer uns nicht bekanntgewordener Vorfälle ausgehen. Trotz der Zusammenarbeit auf einer gemeinsamen Grundlage sind die Daten aus den einzelnen Bundesländern noch nicht in jedem Fall miteinander vergleichbar. In weniger dicht besiedelten Gebieten ist es bspw. ungleich schwerer, Meldestrukturen in derselben Qualität wie in einer Großstadt zu etablieren. Nicht zuletzt können Meldestellen mit steigender Bekanntheit und zusätzlichem Personal auch mehr antisemitische Vorfälle dokumentieren. Des Weiteren schränkt die Coronapandemie die Vor-Ort-Dokumentation weiterhin ein.

Vorfälle im Überblick

Insgesamt sind dem Bundesverband RIAS und den in seiner Bundesarbeitsgemeinschaft organisierten Meldestellen 38 antisemitische Vorfälle mit Bezug zu den Wahlen bekannt geworden, die alle der **Kategorie** des verletzenden Verhaltens¹ zugeordnet wurden. Bei den meisten Vorfällen handelte es sich um Schmierereien (21), Aufkleber (7) oder Zettel (3), wobei diese in der überwiegenden Zahl der Fälle an Parteiplakate oder -aufsteller angebracht wurden. In 6 der 38 Fälle wurden antisemitische Inhalte im Rahmen von Ver-

¹ Als verletzendes Verhalten werden sämtliche antisemitischen Äußerungen gegenüber jüdischen oder israelischen Personen oder Institutionen gefasst, aber auch antisemitische Beschimpfungen oder Kommentare gegenüber anderen Personen und Institutionen. Dies gilt auch für antisemitische Aussagen, die online getätigt oder verbreitet werden, sofern diese direkt an eine konkrete Person oder Institution adressiert sind. Als verletzendes Verhalten gelten auch Beschädigungen oder das Beschmieren nicht-jüdischen Eigentums durch antisemitische Symbole, Plakate, Aufkleber etc.

sammlungen unter freiem Himmel oder öffentlichen Veranstaltungen in Reden oder auf anderen Wegen präsentiert. In Niedersachsen wurde zudem ein Fall bekannt, der sich von Angesicht zu Angesicht ereignete: eine antisemitische Pöbelelei in Bezug auf die anstehende Wahl in Westerstede.

Mehr als zwei Drittel (26) der bekannt gewordenen Vorfälle ereignete sich im **Zeitraum** zwischen Mitte August und Mitte September. Vor allem in der ersten Septemberhälfte, in der „heißen Wahlkampfphase“, wurde durchschnittlich über ein Vorfall täglich dokumentiert. Die überwiegende Mehrheit der Vorfälle (34) fand auf offener Straße statt.

Die bei den Vorfällen verwendeten **antisemitischen Stereotype und Topoi** ließen sich vor allem dem Post-Schoa-Antisemitismus (in 19 Fällen), dem antisemitischen Othering (in 16 Fällen) sowie Verschwörungsmythen und anderen Elementen des modernen Antisemitismus (in 13 Fällen) zuordnen. Wesentlich seltener wurde sich des antijudaistischen oder israelbezogenen Antisemitismus bedient (2 bzw. 1 Fall). Post-Schoa-Antisemitismus äußerte sich vorwiegend in Form von Schoa-bagatellisierenden Äußerungen in Schmierereien und auf Aufklebern – nicht zuletzt im Zusammenhang mit der Coronapandemie (s.u.). In den Fällen des antisemitischen Othering – bis auf eine Ausnahme aller Schmierereien – wurden Politiker_innen als jüdisch markiert, um sie abzuwerten und zu diffamieren. Diese Form der Markierung war in sieben Fällen auch verschwörungsideologisch konnotiert, so dass diese Vorfälle auch als Fälle von modernem Antisemitismus eingeordnet wurden.

In etwas weniger als der Hälfte, 17 von 38 Fällen, konnte ein **politisch-weltanschaulicher Hintergrund** zugeordnet werden. Dabei handelte es sich um elf rechtsextreme/rechtspopulistische und sechs Vorfälle, die einem verschwörungsideologischen Spektrum zugeordnet wurden. Vorfälle aus anderen Spektren konnten nicht eindeutig festgestellt werden.

Adressierung und Markierung der vermeintlichen politischen Gegner_innen

In der Mehrheit der Vorfälle (28 von 38) wurden Parteien bzw. ihre Wahlkampfplakate antisemitisch beschmiert oder beklebt. Dabei waren in elf Vorfällen die Partei Bündnis 90/Die Grünen und in neun Fällen die SPD das Ziel. Die CDU/CSU und die Partei Die Linke wurden in drei bzw. vier Fällen adressiert.



Abbildung 1
Antisemitische Markierung auf einem Wahlplakat der Grünen 22. August 2021
Lassan, Mecklenburg-Vorpommern
Quelle: Meldung Bundesverband RIAS e.V.

Die demokratischen Parteien werden im manichäischen Weltbild des Antisemitismus als Gegenspieler_innen und Vertreter_innen bzw. Marionetten einer vermeintlichen Weltverschwörung imaginiert. Es ist davon auszugehen, dass konkret ein Zusammenhang zu den jeweiligen Umfragewerten bestand: Aufgrund stärkerer Werte rückten die Grünen mehr in den Fokus – umgekehrt wurden Plakate der Linke aufgrund schwächerer Werte weniger beachtet.



Abbildung 2

Antisemitische Markierung auf einem Wahlplakat
10. September 2021, Tübingen Baden-Württemberg
Quelle: Meldung Bundesverband RIAS e.V.

Insbesondere die Partei Bündnis 90/Die Grünen wurde in diesem Wahlkampf als zentrales Feindbild angesehen. Bereits im April, nachdem Annalena Baerbock als Kanzlerinnenkandidatin der Grünen nominiert wurde, wurde sie in sozialen Medien Ziel einer antisemitischen Kampagne. So wurde Baerbock u.a. von einem Bundestagsabgeordneten der AfD auf Facebook unterstellt,

dass sie eine Marionette von George Soros sei. Der Milliardär wird seit Jahren als angeblicher „Strippenzieher“ hinter der jüdischen „Weltverschwörung“ gewittert².

Die Partei wurde auch darüber hinaus als vermeintliche Vertreter_innen der Moderne fantasiert und Ziel für nicht-antisemitische, aber etwa misogynie oder rassistische Anfeindungen.³

Die identifizierten Gegner_innen wurden mit Davidsternen oder dem Wort „Jude“ als feindlich markiert. Einerseits weist diese antisemitische Markierung auf den Mythos der Weltverschwörung hin, in dem Jüdinnen_Juden im Geheimen Politiker_innen kontrollieren und diese Entscheidungen zu ihrem Vorteil treffen lassen. Andererseits sollen die politischen Gegner_innen damit auch als vermeintliche Jüdin_Jude markiert und abgewertet werden. Jüdinnen_Juden werden dabei als etwas Unerwünschtes, nicht Zugehöriges aus einer vermeintlich homogenen Gemeinschaft ausgeschlossen. Damit trifft die Markierung nicht nur die konkret betroffenen Politiker_innen, sondern auch immer Jüdinnen_Juden selbst.

- **Am 16. August wurde in der Genter Straße in Berlin-Wedding** das Wahlplakat einer Kandidierenden der Grünen mit einem Davidstern und den Worten „Pädophile Kommunisten“ beschmiert.
- **Am 4. September wurden in Seifhennersdorf (Sachsen)** Wahlplakate der Linkspartei mit einem Davidstern und dem Wort „Bolschewisten“ beschmiert.
- **Am 5. September wurde in Züssow (Mecklenburg-Vorpommern)** ein Wahlplakat der SPD entdeckt, auf dem das Gesicht von Manuela Schwesig übersprüht worden war, dazu waren ein Davidstern und das Wort „Jude“ geschmiert.

2 Vgl.: <https://www.tagesschau.de/faktenfinder/baerbock-soros-101.html>

3 Vgl.: <https://www.belltower.news/annalena-baerbock-anfeindungen-und-hetze-von-rechts-115425/> und <https://www.belltower.news/gruener-mist-kampagne-alles-wovor-rechtsradikale-angst-haben-119821/>



Abbildung 3

Schoa-bagatellisierendes Stencil auf einem Wahlplakat
9. September 2021, Berlin-Charlottenburg
Quelle: Meldung RIAS Berlin

Bezug zur Coronapandemie

Wie auf das gesamte öffentliche Leben seit März 2020 übte die Coronapandemie auch auf den Wahlkampf 2021 einen großen Einfluss aus – sowohl im Hinblick auf die pandemiebedingten Einschränkungen bei Wahlkampfveranstaltungen, als auch thematisch: Mit zwölf Vorfällen wies knapp ein Drittel der dokumentierten Vorfälle einen Bezug zur Coronapandemie auf. In den meisten dieser Fälle wurden Schoa-bagatellisierende Inhalte in Form von Aufklebern, Zetteln oder Schmierereien an Wahlplakaten verbreitet, so etwa Schriftzüge wie „Impfen macht frei“, die die Impfkampagne mit dem Vernichtungsantisemitismus im Nationalsozialismus gleichsetzten. Auf diese Weise wurden die Parteien gezielt als Adressatinnen Schoa-bagatellisierender Propaganda angesprochen. Zudem wurde die Sichtbarkeit der Wahlwerbung instrumentalisiert, um diese antisemitischen Inhalte öffentlichkeitswirksam zu verbreiten:

- **Am 9. September wurden in Berlin** in der Nähe des Schlosses Charlottenburg auf vier großen Wahlaufstellern der Grünen zur Bundestagswahl Schoa-bagatellisierende Schmierereien entdeckt. Mithilfe eines Stencils wurde jeweils „Impfen macht frei“ gesprüht, wobei der Schriftzug dem über dem Tor zum Konzentrationslager Auschwitz I („Arbeit macht frei“) nachempfunden wurde.
- **Am 14. September wurden auf nahezu allen Wahlplakaten (überwiegend Plakate der CDU) am Klevischen Ring in Köln** Schoa-bagatellisierende Aufkleber entdeckt. Auf diesen war das Tor zum Konzentrationslager Dachau abgebildet, wobei der Schriftzug am Tor zu „Impfen macht frei“ umgeändert wurde.

In einem Fall wurden Wahlplakate auch benutzt, um antisemitische Verschwörungsmythen rund um die Coronapandemie zu verbreiten:

- **Am Abend des 16. August entdeckt ein Passant in München-Schwabing** antisemitische Schmierereien auf zwei Wahlplakaten zur Bundestagswahl. Teile der Plakate waren abgerissen geworden, der mit Edding hinterlassene Text lautete: „Schützt die Kinder vor der Genspritze. Bolschewismus Judenrepublik“, „WEF Gründer Claus Schwab Agenda 2030“ und „Jüdische Weltordnung“.

Antisemitismus bei Wahlkampfveranstaltungen

Bei Versammlungen im Rahmen des Wahlkampfes sind dem Bundesverband RIAS sechs Vorfälle bekannt geworden, davon vier auf AfD Veranstaltungen. Bereits bei der Wahl für die Listenplätze in Berlin und Thüringen wurden hier antisemitische Inhalte in Reden verbreitet. Die Kleinstpartei „Die Rechte“ versuchte im Kommunalwahlkampf in Braunschweig wiederum über Provokationen mediale Aufmerksamkeit zu erhalten. Auch bei einer Veranstaltung der

Partei „Die Basis“ wurden antisemitische Inhalte reproduziert, die bereits vorher über Telegram verbreitet wurden.

- **Am 8. Mai bei der Listenaufstellung der AfD in Ruhla (Thüringen)** behauptete ein Redner, dass Merkel und Baerbock „Marionetten oder Handpuppen der Globalisten“ und die Grünen Speerspitze des Globalismus wären, der das deutsche Volk auflösen wolle. Er beendet seine Vortrag mit dem Wunsch, „uns aus der Umklammerung der Globalisten [zu] lösen“.⁴
- **Am 5. Juni erklärte ein Mitglied der AfD bei der Listenaufstellung in Berlin:** „Diese Liste erinnert mich an Schindlers Liste. Das ist eine Liste, wenn man auf der steht, dann lebt man und wenn man nicht auf ihr steht, dann überlebt man nicht.“
- **Am 16. August setzte ein Redner bei einer AfD-Wahlkampfveranstaltung in Radeberg (Sachsen)** die antisemitische Politik im Nationalsozialismus mit dem Umgang mit Ungeimpften gleich.
- **Am 3. September hielt bei einer Wahlkampfveranstaltung der AfD in Elsterwerda (Brandenburg)** ein Teilnehmer ein Schild mit der Aufschrift „Heute sind wir tolerant und morgen fremd im eigenen Land“ hoch. Daneben befand sich ein kleiner Sticker mit der israelischen Fahne, die durchgestrichen war. Die Kombination impliziert eine durch Israel gesteuerte Einwanderung nach Deutschland.
- **Am 11. September fanden zum Wahlkampfabschluss der Kommunalwahl in Braunschweig** drei Versammlungen der rechten Kleinstpartei „Die Rechte“ statt. Ein Teilnehmer trug bei jeder der Versammlungen ein anderes T-Shirt: Auf einem war in Fraktur „Antisemit“ geschrieben, auf einem anderen wurde mit einem „Pink Panther“ wohl auf die Mordserie des NSU angespielt.
- **Am 24. September las Bundestagskandidat Sucharit Bhakdi auf einer Wahlkampfveranstaltung der Partei „Die Basis“ in Kiel** einen Brief vor, in

⁴ Zum Begriff „Globalisten“, vgl. RIAS Bayern: „Das muss man auch mal ganz klar benennen dürfen“ - Verschwörungsdenken und Antisemitismus im Kontext von Corona, S.26.

dem u.a. stand: „Vor achtzig Jahren waren es die Juden, die als Verursacher von Infektionskrankheiten verteufelt wurden, heute sind es die Ungeimpften, denen man vorwirft, das Virus zu verbreiten“.

Antisemitische Positionen im Wahlkampf

Auch jenseits konkreter Vorfälle wurden im Wahlkampf verschiedene antisemitische Positionen vertreten und Stereotype verbreitet.

Wie schon in früheren Wahlkämpfen forderte die AfD in ihrem Wahlprogramm für die Bundestagswahl das Verbot des Schächtens sowie der Einfuhr und des Handels mit Fleisch aus dieser Art des Schlachtens. Für religiöse Jüdinnen und Juden, die sich an die Kaschrut (jüdische Speisegesetze) halten, wäre eine freie Ausübung ihrer Religion kaum möglich.

Prominente Vertreter_innen der, aus dem Umfeld der „Querdenker“ und Corona-Leugner_innen entstanden, Partei „Die Basis“ waren mit NS-Analogien und Schoa-bagatellisierenden Aussagen aufgefallen. Die Symbole der Partei waren während des Bundestagswahlkampfs auf Versammlungen gegen die Corona-Maßnahmen präsent, auf denen Verschwörungsmythen und Geschichtsrevisionismus immer wieder sichtbar waren.

Anfang Mai geriet der CDU-Spitzenkandidat Armin Laschet in die Kritik, als er die Verbreitung antisemitischer Inhalte durch den Direktkandidaten seiner Partei in Südhüringen, Hans-Georg Maaßen, bagatellierte und mit Verweis auf Antisemitismus aus anderen politischen Spektren ablenkte. Maaßen nutzte Chiffren wie „Globalisten“ oder „Great Reset“, Begriffe und Erklärungsmodelle, die vor allem im rechtsextremen und im verschwörungsideologischen Kontext als antisemitische Codes zur Feindbildbestimmung fungieren.

Während des Wahlkampfes wurden dem Bundesverband RIAS außerdem drei Fälle bekannt, bei denen Wahlplakate an Gedenkorten an NS-Verbrechen aufgehängt wurden. In allen drei Fällen, haben wir diese nicht als Vorfälle in unsere Statistik aufgenommen. Trotzdem stellt dieses Verhalten eine Störung der Erinnerung an die Verbrechen im Nationalsozialismus dar.

- **Am 26. August wurde in Würzburg** direkt unter dem Hinweisschild „DenkOrt Deportationen 1941–1944“ ein Wahlplakat der AfD angebracht. Die Stadtverwaltung entfernte es, da es sich um Privatgelände handelte.
- **Am 1. September hängte die AfD in Weimar** ein Plakat mit der Aufschrift „Mut zur Wahrheit“ auf dem zur Gedenkstätte Buchenwald gehörenden Parkplatz auf. Mitarbeiter_innen der Gedenkstätte entfernten das Plakat.
- **Am 2. September brachte die rechte Kleinstpartei „Die Rechte“ direkt vor der Gedenkstätte KZ-Außenlager Schillstraße in Braunschweig** Plakate mit dem Slogan „Wir hängen nicht nur Plakate auf“ an. Aufgrund der Sondernutzung zum Wahlkampf konnte das Plakat hängen bleiben.

Fazit

Durch die Omnipräsenz des Wahlkampfes in den Straßen sowie in den Medien boten die Wahlen antisemitische Täter_innen – bei Wahlplakaten wortwörtlich – die Fläche, Antisemitismus zu verbreiten. Insgesamt 38 Vorfälle wurden dem Bundesverband RIAS bekannt, die meisten davon waren direkt gegen Parteien gerichtet. Die ohnehin bestehenden Feindbilder rechter und verschwörungsideologischer Spektren wurden im Wahlkampf weiter und gezielt ausgebaut. Die Schoa-bagatellisierenden Gleichsetzungen und antisemitischen Mythen rund um die Coronapandemie dominierten inhaltlich auch im Wahlkampf.

Antisemitische Vorfälle im Wahlkampf 2021

Veröffentlicht am 19. November 2021
vom Bundesverband RIAS e.V.
unter report-antisemitism.de/monitoring